



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 778 Anfrage Schaller Riccarda und Mit. über die Reihentestungen in den Luzerner Schulen / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 778 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Riccarda Schaller hält an der Dringlichkeit fest.

Riccarda Schaller: Nachdem wir heute Morgen schon gelernt haben, dass Kommunikation nichts Dringliches sei, ist anscheinend auch keine öffentliche Stellungnahme der Regierung bei der Umsetzung der Reihentestung und der Maskenpflicht an den Schulen nötig respektive dringlich. Ich bin jedoch der Meinung, dass Kommunikation in der Krise essenziell ist. Ich halte entsprechend an der Dringlichkeit meiner Anfrage fest, und ebenso tut dies die GLP-Fraktion, sind doch die in der Anfrage aufgeworfenen Fragen solche von Bürgerinnen und Bürgern, von Eltern, die jede Woche von Neuem entscheiden, ob sie bei den seitens des Kantons festgelegten freiwilligen Massnahmen mitmachen oder nicht. Es sind Fragen, die an mich herangetragen wurden und die ich als Chance für die Regierung sehe, ihre Strategie zu erklären und damit die Leute ins Boot zu holen. Gerade im aktuellen sensiblen Kontext ist es wichtig, dass die Bevölkerung sich von der Regierung ernstgenommen fühlt und ihre Fragen beantwortet werden. Im Moment geht es aber noch nicht um den Inhalt, sondern zunächst nur um die Frage der Dringlichkeit, also nicht darum, ob die Fragen berechtigt, gut oder schlecht seien. Aus meiner Sicht sind die Kriterien zur Dringlichkeit gegeben. Wie hier schon vielfach diskutiert, ist Corona ein Thema von grossem politischem Gewicht. Das Anliegen tangiert auch kein anderes Geschäft, womit es zu verbinden wäre. Die Diskussion muss in dieser Session geführt werden, denn die Reihentests sind aktuell am Laufen. So haben meine beiden Kinder ihre Tests gerade heute Morgen an ihrer Schule abgegeben. Daher bitte ich um die Unterstützung meiner dringlichen Anfrage. Antworten auf Fragen von heute dürfen nicht ein halbes Jahr auf sich warten lassen.

Melanie Setz Isenegger: Die Fragen in der Anfrage von Riccarda Schaller kommen aus Sicht der SP-Fraktion zum genau richtigen Zeitpunkt und betreffen direkt die Corona-Massnahmen. Diese haben wir mit gefordert und unterstützt. Die SP-Fraktion versteht nicht, warum der Regierungsrat die Zweckmässigkeit und die Wirksamkeit dieser Massnahmen nicht jetzt aktuell diskutieren will. Wie von meiner Vorrednerin angedeutet, ist die Beurteilung der Dringlichkeit von Vorstössen an dieser Session aus unserer Sicht teilweise nicht den Kriterien angemessen, sondern der politischen Gewichtung geschuldet. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit dieses Vorstosses zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Kantonsrätin Riccarda Schaller hat erwähnt, die Haltung der Regierung sei, dass die Kommunikation nicht dringlich sei. Das haben wir natürlich nicht gesagt, sondern dass die dringliche Beratung über die Kommunikation nicht dringlich ist. Ich bitte da gut zuzuhören, so wie wir auch gut zuhören und die Vorstösse genau lesen. Die

Beratung über diese Testungen ist deshalb nicht dringlich, weil wir mit diesen heute in der dritten Woche sind und sich das System nun einzuspielen beginnt. Es ist mir nicht klar, wie man auf solchen noch ungesicherten Daten eine dringliche Debatte führen soll, die sachlich und nicht emotional ist. Wir sind selbstverständlich bereit, darüber zu diskutieren, wenn die Daten vorliegen, was sie aktuell noch nicht tun. Ich weiss noch nicht, was heute Morgen um 8 Uhr an den Schulen gelaufen ist. Es gibt für alle Betroffenen Kommunikationskanäle. So gibt es seitens der Dienststelle Volksschulbildung einen Newsletter und auch wöchentliche Updates, die wir bis zu den Eltern durchreichen, womit diese orientiert sind. Das wissen alle hier, die so wie Kantonsrätin Riccarda Schaller Kinder in der Schule haben. Diese Kanäle gibt es also, und auf diesen eingespielten Pfaden wollen wir weiterarbeiten.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 65 zu 41 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.